

US-Gericht stoppt Trumps Abschiebungen: Ein Sieg für die Rechtsstaatlichkeit!

Ein US-Gericht blockierte Trumps Abschiebungen mutmaßlicher Venezolaner, die unter dem umstrittenen Kriegsgesetz festgehalten wurden.

Texas, USA - Am 1. Mai 2025 erlitt US-Präsident Donald Trump vor Gericht eine entscheidende Niederlage in Bezug auf die Abschiebungen mutmaßlicher ausländischer Kartellmitglieder. Der Bundesrichter Fernando Rodriguez Jr. aus Texas erklärte, dass die Abschiebungen auf der Grundlage eines umstrittenen Kriegsgesetzes aus dem 18. Jahrhundert illegal seien. Laut **vienna.at** hat die US-Regierung nicht das Recht, Einwanderer unter Berufung auf das Gesetz festzunehmen und abzuschieben. Das Urteil stoppt die entsprechenden Abschiebungen vorerst.

Richter Rodriguez, der während Trumps erster Amtszeit ernannt wurde, stellte fest, dass das Weiße Haus das Alien Enemies Act von 1798 unangemessen ausgeweitet hat. Dieses Gesetz erlaubt es dem Präsidenten, Bürger aus feindlichen Nationen in Kriegszeiten ohne reguläres Verfahren inhaftieren und deportieren zu lassen. Laut **NY Times** ist diese Entscheidung die umfassendste unter den gegenwärtigen Klagen gegen die Bemühungen der Regierung zur Anwendung dieses Gesetzes und könnte weitreichende Auswirkungen auf andere Fälle haben.

Hintergrund des Falls

Die Trump-Regierung beruft sich auf das Alien Enemies Act, um zahlreiche Venezolaner abzuschieben, von denen einige

beschuldigt werden, Mitglieder der kriminellen Organisation Tren de Aragua zu sein. Diese Bande ist in Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Menschenhandel aktiv. Die venezolanische Regierung wies die Vorwürfe zurück und erklärte, die Anschuldigungen seien unbegründet. Trump hatte die Organisation als ausländische Terrororganisation eingestuft und argumentiert, dass sie „irreguläre Kriegsführung“ gegen die USA betreibe. Laut **States United** wurde das Alien Enemies Act in der US-Geschichte nur dreimal angewendet: während des Krieges von 1812, im Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg.

Das Urteil von Richter Rodriguez, das sich auf die Anwendung des Gesetzes im Southern District of Texas bezieht, könnte weitreichende Folgen für die Entscheidung anderer Gerichte haben. Der Richter stellte klar, dass die Exekutive sich nicht auf das Gesetz stützen kann, um die benannten Antragsteller zu inhaftieren oder abzuschieben, da dies nicht im Einklang mit der verfassungsmäßigen Ordnung wäre.

Auswirkungen auf die Trump-Administration

Die Trump-Administration setzte trotz der richterlichen Anordnungen die Deportationen fort und schickte Personen nach El Salvador, während sie deren Identität oder Beweise für ihre angeblichen Verbrechen nicht offenlegte. Diese Maßnahmen führten zu mehreren Klagen und einer Reihe von gerichtlichen Anordnungen, die die Deportationen blockierten. Der Oberste Gerichtshof hatte bereits festgelegt, dass Venezolaner die Möglichkeit haben müssen, ihre Abschiebung anzufechten.

Das Berufungsgericht in New Orleans, bekannt für seine konservative Ausrichtung, könnte in der nächsten Instanz über die Entscheidung des Bundesrichters Rodriguez befinden. Diese Situation deutet auf einen anhaltenden Konflikt zwischen den rechtlichen und politischen Bemühungen der Trump-Administration hin, verwaltet durch ein Gesetz, das historisch

gesehen in sehr spezifischen Kriegssituationen Anwendung fand.

Das Gerichtsurteil am 1. Mai unterstreicht die Herausforderungen, mit denen die Trump-Administration konfrontiert ist, wenn sie versucht, das Alien Enemies Act in der modernen Einwanderungspolitik anzuwenden. Richter Rodriguez' Entscheidung wirft Fragen zur Rechtsstaatlichkeit und zur Einhaltung der Verfassung auf, indem sie darauf hinweist, dass der Präsident nicht die Befugnis hat, Kriegsbefugnisse zu nutzen, um die verfassungsmäßigen Rechte von Individuen zu umgehen.

Details	
Ort	Texas, USA
Quellen	• www.vienna.at • www.nytimes.com • statesunited.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at